

### Gesundheits-, Ernährungs- und Verkehrs- sorgen der Gemeinde.

Die gestrige Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates beschäftigte sich wieder mit wichtigen Fragen der Approvisionierung Wiens. Der Bürgermeister berichtete über den Stand des Fonds zur Unterstützung der durch den Krieg notleidend Gewordenen. Der Fonds ist auf 535.224 Kronen zusammengeschmolzen und es besteht leider keine Aussicht auf die Zuwendung neuer Mittel. Die öffentliche Ausspeisung erforderte bisher 3,687.474 Kronen, fortlaufende Unterstützungen wurden bisher an 3936 Personen erteilt. Den staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen 218.311 Personen.

Hierauf wurde ein Bericht über den Stand der Infektionskrankheiten erstattet, den Oberstadphysikus Dr. Böhm ergänzte. Die Blatternepidemie hat in Galizien Fortschritte gemacht und es kommen täglich tausend Neuerkrankungen vor. Auch in Ungarn herrscht in einigen Komitaten die Blatternepidemie. Blatternfälle, die in Wien vorkommen, sind zumeist auf Einschleppung zurückzuführen. In Simmering, Grillgasse, wurde ein Blatternherd aufgefunden. Flecktyphus kam in einigen Fällen vor, die gleichfalls auf Einschleppung, hauptsächlich von Militärpersonen, zurückzuführen sind. In der Leopoldstadt wurden zwei tödlich verlaufene Flecktyphusfälle in einer von Flüchtlingen bewohnten Wohnung festgestellt. Sie sind durch Besucher der Flüchtlinge eingeschleppt worden, die Wohnung selbst ist gänzlich verlaust. Es schien zuerst, als habe man es mit Fällen von Lungenentzündung zu tun, und erst bei einer neuerlichen Erkrankung wurde Flecktyphus nachgewiesen. Bezüglich der Blatternfälle wird neuerlich die Forderung nach dem Impfwang erhoben werden.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erstattete Bericht über Kartoffel- und Trocknungsanlagen. Neben der Anlage der Firma Prohaska in Humpoleh sei es geraten, hier eine solche Anlage zu errichten. Die Statthalterei habe mit Erlaß vom 18. Dezember 1915 die Verwendung der Kartoffeln zur Broterzeugung angeordnet. Der Zusatz von Kartoffelmehl soll 20 Prozent betragen. Die Verordnung ist für das flache Land bestimmt. Auch in Wien empfehle sich die Verwendung der Kartoffeln zur Broterzeugung, damit dadurch die Streckung der Mehlmengen erreicht wird. Der Kartoffelbedarf ist durch 1200 Waggons Vorrat bis Februar gesichert. Ab März sind weitere 1500 Waggons Kartoffeln sichergestellt. Für Speisewecke

empfehle sich im Winter die Zufuhr nicht. Die Kartoffel-trocknungsanstalt soll an das Brauhaus der Stadt Wien in Rannersdorf angegliedert werden. (Ist diese Frachtlagerung günstig?) Drei Kartoffeltrocknungsapparate erzeugen in vier- und zwanzig Stunden einen Waggon Trockenware. In vier Monaten körnten aus 576 Waggons 120 Waggons Trockenware erzeugt werden. (Die Kartoffeltrocknung soll doch im Erzeugungsgebiet vorgenommen werden, zumal bei Waggonmangel!) Eingehend besprach der Magistratsrat die Kosten der Anlage und die Kosten der Herstellung der Trockenware. Der Bürgermeister bemerkte, daß die Verwendung der Kartoffeln zu diesem Zwecke um so eher möglich sei, als Wien bis April hinaus mit Kartoffeln versehen sei, daß zu dieser Zeit die Frühkartoffeln bereits auf den Markt kommen und außerdem Zufuhren von Kartoffeln aus russisch-Polen zugesichert sind. Reumann sprach sich für die Errichtung der Trocknungsanstalt aus, verlangte aber, daß die Sicherung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln der Erzeugung von Trockenkartoffeln vorangehen müsse. Der Kartoffelkonsum werde bei der notorischen Mehlnot eine Steigerung erfahren, worauf vor allem Bedacht zu nehmen sei. An der Debatte beteiligten sich noch Dr. Hein, Skaret, Schwarz-Siller und Vizebürgermeister Maier, worauf der Errichtung einer Kartoffeltrocknungsanstalt in Rannersdorf zugestimmt wurde. Hierauf wurde die Einführung der Milchkarte besprochen, über die wir schon gesprochen haben.

Der Bürgermeister brachte die beruhigende Mitteilung, daß die Versorgung Wiens mit Gaskohle nun aller Voraussicht nach gesichert sei. Ein Offert auf Saar-Muhr-Kohlen habe des hohen Preises wegen (669 Kronen für die Tonne) abgelehnt werden müssen.

Reumann besprach hierauf die Preiserhöhung auf dem vorgestrigen Schweinemarkt, die durch gar nichts gerechtfertigt sei. Es habe sich die Eigentümlichkeit herausgebildet, daß einmal die Budapester Marktpreise die Preise auf dem Wiener Marke und dann wieder umgekehrt die Wiener Preise die Budapester emportrieben. Diesem wucherischen Spiel hätten die Höchstpreise für Schweine gesteuert, nicht aber die Höchstpreise bloß für Fett. Nach so langen Beratungen, die in Budapest gepflogen wurden, hätte man erwarten können, daß etwas anderes herauskomme als Höchstpreise bloß für Fett. Es wäre das um so eher zu erwarten gewesen, als auch die Gemeinde Wien durch ihre Obmänner und den Bürgermeister von der Regierung die Einführung von Höchstpreisen für Schweine haben und drüben verlangt habe. Vizebürgermeister Hof hob hervor, daß auch in der Handelspolitischen Kommission diese Forderung gestellt wurde. Der Beschluß ging dahin, daß der Bürgermeister bei der Regierung vorstellig werde, damit Höchstpreise für Schweine festgesetzt werden.

Dr. Hein sprach hierauf den Wunsch nach einer Verdichtung des Straßenbahnverkehrs aus und empfahl die Anstellung weiblicher Motorfahrer. Der Bürgermeister machte auf die Gefahren aufmerksam, die durch wenig geschulte Motorfahrer heraufbeschworen werden können. Es werde Direktor Spängler über die Möglichkeit der Verdichtung des Verkehrs vernommen werden. Dr. Schwarz-Siller urgerte seinen Antrag bezüglich des Rauchverbots auf der Plattform überfüllter Waggons. Gemeinderat Skaret besprach den Mißbrauch, der mit den Fahrkarten der Straßenbahnen für Verwundete getrieben werde. Die Karten verschwinden, die Verwundeten bekommen in manchen Spitälern keine Karten. Skaret führte einen konkreten Fall an. Der Bürgermeister versprach noch einmal, darauf zu dringen, daß die Freikarten dem Zwecke zugeführt werden, zu dem sie gegeben werden.